Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 7. Mai 1885. Nr. 210.

Deutscher Reichstag.

94. Plenar-Sitzung vom 6. Mai.

Das Haus und die Tribünen sind spärlich besetzt.

Am Tische des Bundesrathes: Staatssekretär von Burchard, Staatssekretär v. Bötticher nebst Kommissarien.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Eingegangen sind Aktenstücke über Egypten und eine mit Madagaskar abgeschlossene Konvention.

Tagesordnung:

Der erste Gegenstand derselben bildet die Fortsetzung der Berathung des Berichts der 11. Kommission über den derselben zur Vorberathung überwiesenen Antrag des Abg. v. Wedell-Malchow (deutschkons.) betreffend Abänderung des Gesetzes wegen Erhebung von Reichsstempelabgaben vom 1. Juli 1881 und des von den Abgg. Dr. Arnsperger (national-lib.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfes.

Es steht noch aus die Berathung eines Antrages des Abg. Richter (deutschfreis.) betr. Aufhebung des Petroleumzolles, sowie eines Antrages des Abg. Kayser (Sozialdem.) betr. Aufhebung der Salzsteuer, eventuell Anlegung eines Arbeiter-Invalidenfonds, welcher bis zum Erlaß eines die Versorgung erwerbsunfähiger Arbeiter regelnden Gesetzes anzusammeln und zinsbar anzulegen sein solle.

Abg. Richter (deutsch freis.) befürwortet seinen Antrag, indem er betont, daß der durch die Börsensteuer herbeigeführten Belastung auf der andern Seite eine Entlastung gegenübergestellt werde.

Abg. Kayser (Sozialdem.) empfiehlt die Annahme seiner Anträge und polemisirt sodann zunächst gegen den Vorredner, und darauf gegen die Regierung, welche die sozialen Reformbestrebungen vollständig habe zum Stocken kommen lassen.

Staatssekretär v. Burchard führt aus, daß die Absicht, die Erträge der Börsensteuer zur Entlastung der indirekten Steuern zu verwenden, im schreienden Widerspruch zu der Tendenz der Steuerreform vom Jahre 1878 stehe, welche gerade eine Entlastung der indirekten Steuern anstrebe. Wenn nun die vorliegenden Anträge schon aus diesem Grunde unannehmbar seien, so handle es sich bei der Salzsteuer um eine Summe von 41 Millionen Mark und bei dem Petroleumzoll um eine solche von 22 Millionen, also um einen weitaus höheren Betrag, als die Börsensteuer auch im allergünstigsten Falle einbringen könne, und es würde dann hier eine Lücke geschaffen werden, welche durch eine Erhöhung der Matrikularbeiträge wieder würde ausgefüllt werden müssen; außerdem würde ja die Aufhebung des Petroleumzolles auch eine Aenderung des Zolltarifes nothwendig machen. Der Petroleumzoll habe sich indeß als völlig gerechtfertigt herausgestellt; derselbe habe weder eine Erhöhung der Preise herbeigeführt, noch belaste er vorzugsweise die ärmeren Bevölkerungsklassen. Was die Salzsteuer betreffe, so sei es hier nicht der Ort, die Frage zu entscheiden, ob es gut und nützlich gewesen sei, das Salzmonopol aufzuheben oder nicht; die bezeichnete Steuer übe aber keineswegs einen empfindlichen Druck. Was den Eventualantrag des Abg. Kayser betreffe, so sei es unzweckmäßig, die Frage der Altersversorgung der Arbeiter im Zusammenhange mit der Börsensteuer zu regeln, denn die verbündeten Regierungen behielten ihre sozialreformatorischen Bestrebungen unausgesetzt im Auge und betrachteten als deren Schlußstein die Altersversorgung der Arbeiter; sobald ein entsprechendes Gesetz formulirt worden, werde das Inslebentreten desselben nach besten Kräften gefördert werden und dann würden alle finanziellen Rücksichten ohne weiteres zurücktreten müssen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Bötticher erklärt, daß der Abg. Kayser (Sozialdem.) und seine Partei die Ziele, welche sie, wie sie behaupte, mit der Regierung gemein habe, nämlich das Loos der arbeitenden Klassen zu bessern, jedenfalls in wirksamerer Weise fördern werde, wenn sie ebenso ernst und aufrichtig arbeiten wolle, wie er sich dessen bewußt sei, wofür der Beweis vorliege, daß der Reichstag noch nicht im Stande gewesen, die aus seinem (des Staatssekretärs) Ressort hervorgegangenen Arbeiten durchzuberathen. Bei gleicher ernster und aufrichtiger Arbeit würde die sozialdemokratische Partei die angestrebten Ziele besser fördern, als durch solche unfruchtbare Expektorationen, wie sie das Haus von dem Abg. Kayser gehört habe. (Bravo! rechts.)

Nachdem Abg. Richter (deutschfreis.) den polemischen Ausführungen des Abg. Kayser (Sozialdem.) entgegengetreten, betont

Abg. Leuschner (Reichspartei), daß es sich bei der Börsensteuer nicht nur um ein finanzielles Interesse, sondern um ein Moment der ausgleichenden Gerechtigkeit handle. Nachdem sich Redner in ähnlicher Weise über die Unzuträglichkeit der gestellten Anträge ausgesprochen, wie der Staatssekretär v. Burchard, führt er aus, daß man der arbeitenden Bevölkerungsklasse nicht durch eine Verminderung der indirekten Abgaben, sondern nur durch Hebung und Förderung der nationalen Arbeitsverhältnisse und durch vermehrte Gelegenheit zum Verdienst wirksam helfen werde; schließlich bittet er beide Anträge abzulehnen.

Nach einer weiteren Polemik des Abg. Kayser (Sozialdem.) gegen die deutschfreisinnige Partei bekämpft

Abg. v. Helldorff-Bedra (deutsch konservativ) die Anträge der Abgg. Richter (deutschfreis.) und Kayser (Sozialdem.), indem er ausführt, daß weder die Aufhebung des Petroleumzolles, noch die der Salzsteuer mit der Börsensteuer in Zusammenhang gebracht werden könnte. Was den Petroleumzoll anlange, so habe derselbe sich als ein sehr gerechtfertigter erwiesen und die Erfahrung, die man mit dem Zolltarif von 1879 gemacht, lehre, daß der Zoll auf Petroleum den Preis keineswegs in die Höhe getrieben habe, vielmehr seien die Petroleumpreise seitdem stetig gesunken. Was jedoch die Salzsteuer betreffe, so sei es zweifellos, daß dieselbe keinen fühlbaren Druck auf die Bevölkerung ausübe; daher sei deren Aufhebung durchaus nicht gerechtfertigt. Abgesehen davon aber würde die Aufhebung einer dieser beiden oder beider Steuern einen Betrag erreichen, der den voraussichtlichen Ertrag der Börsensteuer selbst nach den höchsten Schätzungen um vieles übertreffen werde. Seine (des Redners) Partei betone bei jeder Gelegenheit die Nothwendigkeit, die vorhandenen Defizits zu beseitigen und die Matrikularbeiträge zu verringern. Dazu sei es erforderlich, die geeigneten Finanzquellen in ausreichender Weise auszunutzen und das könne nur durch Vermehrung der indirekten Abgaben geschehen. In der Verfolgung einer solchen Steuer- und Finanzpolitik sei eine wesentliche Stütze des Reiches zu erblicken und man möge die nationale Seite der Sache doch nicht unterschätzen. Die Liebe zu der Börsensteuer, welcher gestern der Abg. Kayser Ausdruck gegeben, scheine doch im Wesentlichen mehr platonischer Natur zu sein; die deutschfreisinnige Partei aber nehme auch hier einen negirenden Standpunkt ein. Hier erschienen die sozialdemokratische und die deutschfreisinnige Partei im Bunde, wie sie ja auch beide das Aufhetzen gemeinsam hätten, denn die erstere hetze gegen die besitzenden Klassen, die letztere gegen die Regierung. Wenn dereinst die Geschichte unserer Tage geschrieben werden würde, so würde man seiner (des Redners) Partei gewiß die Gerechtigkeit widerfahren lassen. (Lebhafter Beifall rechts. Zischen links.)

Nachdem Abg. Richter (deutschfreis.) diesen Ausführungen entgegengetreten, betont

Abg. v. Helldorff-Bedra (deutschkons.) nochmals den nationalen Standpunkt, den seine Partei stets eingenommen habe und erklärt, ob die Geschichte von ihm und seinen Freunden sprechen werde, das sei ihm gleichgültig; sie wüßten wenigstens, daß sie ihre Pflicht gethan hätten. (Bravo! rechts.)

Nachdem sodann Abg. v. Vollmar (Sozialdemokrat) in breiter Ausführung die von der rechten, sowie von der linken Seite des Hauses gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Angriffe zurückzuweisen versucht, wird die Diskussion geschlossen.

Unter Ablehnung der Anträge Richter und Kayser wird der Rest der Vorlage in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung der Rübenzuckersteuer-Vergütungs-Vorlage.

Es handelt sich hierbei um eine Verlängerung der Kreditfristen.

Abg. Graf Hacke (fraktionsloser Liberaler) beantragt eine Erweiterung der Ermächtigung zur Ausgabe von Schatzanweisungen bis zur Höhe von 120 Millionen Mark.

Abg. Nobbe (Reichspartei) bis zur Höhe von 170 Millionen Mark.

Nachdem in der sich entwickelnden Diskussion die Abgg. Graf Hacke und v. Heydebrand und der Lasa (deutschkons.) für die von dem Abg. Richter (deutschfreis.) bekämpften Anträge eingetreten und auch

Ministerial-Direktor Aschenborn seine Zustimmung zu dem Amendement Nobbe erklärt, wird der Antrag Hacke-Nobbe und der Rest der Vorlage angenommen.

Darauf erledigt das Haus die dritte Berathung des Gesetzentwurfes betreffend Schutz des zur Anfertigung von Reichskassenscheinen verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung, ohne Debatte.

Sodann folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs über die Ausdehnung der Kranken- und Unfall-Versicherung.

Bei der Berathung werden von den Abgg. Kalle (nat.-lib.) und Schrader (deutschfreis.) einige Wünsche geäußert, denen gegenüber sich der Staatssekretär von Bötticher in entgegenkommender Weise äußert, während derselbe eine abfällige Kritik des Abg. Löwe (deutschfreis.) über die Thätigkeit des Reichsversicherungsamtes als gänzlich unberechtigt zurückweist.

Die Vorlage wurde nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unverändert angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr.

Tagesordnung: Novelle zum Zollvereinsvertrage, Anträge zur Branntweinsteuer und Petitionen.

Schluß 4½ Uhr.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus

66. Plenarsitzung am 6. Mai.

Am Ministertische: v. Puttkamer und Kommissare, später v. Goßler.

Präsident von Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Tagesordnung:

I. Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Aufhebung der Rentenbank für den Kreis Herzogthum Lauenburg.

Der Entwurf wird debattelos in dritter Lesung angenommen.

Das Verzeichniß der zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachteten Petitionen wird ebenfalls ohne Diskussion erledigt.

Es folgt die Berathung der Interpellation des Abg. Borowski und Genossen, welche lautet:

„1) Ist die Nachricht wahr, daß die in Ost- und Westpreußen wohnenden, dem preußischen Staatsverbande nicht angehörigen Polen angewiesen sind, unser Staatsgebiet alsbald zu verlassen, und zwar selbst in dem Falle, daß sie in dauerndem Arbeitsverhältnisse stehen, Gewerbetreibende oder Grundbesitzer sind, oder im deutschen Heere gedient haben? 2) Aus welchen Gründen ist diese außerordentliche, die wirthschaftlichen Verhältnisse beider Provinzen schwer schädigende Maßregel getroffen worden?"

Abg. Spahn (Zentr.) begründet die Interpellation. Die Maßregel habe große Erregung und Beunruhigung hervorgerufen. Das Arbeitsverhältniß, die Erwerbsthätigkeit vieler werde schwer beeinträchtigt; es entständen eine Reihe wirthschaftlicher und juristischer Bedenken. Könne z. B. ein außereheliches Kind einer polnischen Mutter ausgewiesen werden, wenn letztere mit einem Preußen verheirathet sei? was werde aus in Preußen geborenen Kindern nicht naturalisirter Eltern? Nach einer Zeitungsnotiz sei Jemand ausgewiesen, der zur Bismarckspende 100 Mark beigetragen. Nachdem er dies der Behörde mitgetheilt, sei die Ausweisung zurückgenommen worden. (Heiterkeit.) Es frage sich, ob eine Massenausweisung nach dem Völkerrecht gestattet sei; nach seiner Meinung und wenn man die bisher geltenden Grundsätze in Betracht ziehe, sollte sie in einem zivilisirten Lande nicht zur Anwendung kommen. Als einzigen Grund könnte man das Vordringen des polnischen Elements angeben. Aber man sollte sich doch auf den Standpunkt der Humanität stellen. Wie kämen ruhige, fleißige, tüchtige Arbeiter, Ackerbauer, Gewerbetreibende, Männer, die zwei Feldzüge in Preußen mitgemacht, Leute, die niemals der Armenpflege anheimgefallen, dazu, jetzt plötzlich von einer so harten Maßregel getroffen zu werden? Die Ausweisung treffe fast ausnahmslos katholische Polen. Die Maßregel sei also auch gegen den Katholizismus gerichtet. Die wirthschaftlichen Verhältnisse würden, weil namentlich landwirthschaftliche Arbeiter betroffen würden, so schwer geschädigt, daß der etwaige politische Vortheil der Maßregel weit überholt werde. Er bitte den Herrn Minister im Interesse der Humanität um wohlwollende Erwägung, ob die Maßregel aufgehoben werden könne. (Beifall.)

Minister v. Puttkamer: Die Maßregel verstoße nicht gegen das Völkerrecht und das Gastrecht komme nur so weit in Frage, als die Interessen des Staates es gestatteten. Der Vorredner wolle, was bisher noch in keinem Parlamente verlangt worden, unter Berufung auf das Christenthum und die Humanität das Recht des Staates beschränken, in seinem Interesse Ausländern den Aufenthalt zu beschränken und zu verbieten. Das Recht, so zu verfahren, wie verfahren, sei gar nicht anfechtbar. Wenn man auch den humanen Standpunkt des Vorredners anerkenne, so stehe doch in erster Linie die politische Sicherheit des Staates und das deutschnationale Interesse. Seit anderthalb Jahrzehnten trete in den östlichen Provinzen eine vollständige Verschiebung der Nationalitäten ein; das polnische Element dringe mit fast elementarer Gewalt, gleichsam wie die Gletscher, immer weiter vor; die Vermehrung der polnischen Bevölkerung stehe in gar keinem Verhältniß zu der der deutschen. Die Maßregel sei nicht gegen die Katholiken gerichtet, gegen diese Behauptung protestire er entschieden. Welche schwierigen Verhältnisse entständen auf dem Gebiete der Schule, Herr v. Goßler habe dem oft Ausdruck gegeben. Die landwirthschaftlichen Arbeiter polnischer Nationalität drücken die Preise und zwingen die deutschen Arbeiter zur Auswanderung. Dadurch werde die breite Basis des deutschen Kulturlebens, die dort bisher bestanden, einfach vernichtet. Der Minister geht dann näher auf die Verhältnisse Westpreußens ein. Als die Provinz an Westpreußen fiel, befand sich das Land in tiefster Barbarei und Verarmung, der Adel war vermindert und verarmt, der Bürger geknechtet und langer Zeit habe es bedurft, bessere Verhältnisse zu schaffen. Es sei schließlich doch so weit gekommen, daß die Bevölkerung unter dem preußischen Regiment eine zufriedene geworden sei, bis dann die polnische Agitation sich mit elementarer Wucht auf die Provinz gestürzt und bis dann nach und nach die jetzigen unhaltbaren Verhältnisse zum Schaden des deutschnationalen Elements erreicht worden seien. Er glaube, nachgewiesen zu haben, daß die in Frage stehende Maßregel im Interesse des Staates geboten war. Wenn der Regierung ein Vorwurf gemacht werden könne, sei es der, daß sie zu spät vorgegangen sei. Es existirten jetzt ca. 30,000 russische Ueberläufer in den betreffenden Provinzen, 21,000 davon hätten sich Aufenthalts-Erlaubniß erbeten und hätten sie erhalten. Diese würden zwar auch auf die Dauer nicht im Lande behalten werden, aber die Oberpräsidenten seien angewiesen, ihnen für den Abzug alle Erleichterungen zu gewähren. Diese Rücksicht aber schwinde. Denen gegenüber, welche sich sozusagen in das Land gestohlen hätten. Man habe mit Absicht den jetzigen Zeitpunkt für die Ausweisung gewählt, einmal um die Betroffenen mit Rücksicht auf die Jahreszeit nicht zu hart zu treffen und um die Landwirthschaft nicht zu schädigen. In einzelnen Fällen, wie bei Soldaten, welche für Deutschland gekämpft, werde Nachsicht geübt werden. Er resumire sich dahin, daß die Regierung zu dieser, wie er anerkenne, drastischen und strengen Maßregel im Interesse der Sicherheit des Staates gezwungen gewesen und sie nicht zurücknehmen werde. (Beifall rechts. Zischen bei den Polen und im Zentrum.)

Abg. Windthorst beantragt Besprechung und erzält dann das Wort. Mit Bezug auf die Schlußworte des Ministers müsse er darauf hinweisen, daß es noch ein höheres Tribunal, die öffentliche Moral, die Zivilisation gebe; wenn sich die öffentliche Meinung gegen die erlassene Maßregel erkläre, werde sich das Staatsministerium dem nicht entziehen können. Angenommen, es sei richtig, was der Minister gesagt, so müsse weiterer Zuzug verhindert werden, aber dem Völkerrecht entspreche diese Massenausweisung nicht. Könne Rußland nicht Repressalien ergreifen? Er hätte gewünscht, daß der Minister sich darüber geäußert hätte, ob vorher ein Einvernehmen mit der russischen Regierung erzielt worden. Mit demselben Rechte wie hier könnte die Regierung auch alle Franzosen ausweisen. Er möchte die Pariser auf die Maßregel und ihre eventuellen Folgen aufmerksam machen. Wir hätten 1870 die Ausweisungen aus Paris als ungerecht und hart empfunden und die Franzosen hätten dafür hohe Entschädigung zahlen müssen. Heute befänden wir uns nicht im Kriege, wie damals. Er habe die Ueberzeugung, daß diese neue Maßregel zum großen Theile kulturkämpferischer Art sei. (Zustimmung im Zentrum.) Er bleibe dabei, die Maßregel sei ungerecht und grausam, ihre Ausführung brutal, der eingeschlagene Weg sei unzulässig und unzweckmäßig. (Beifall im Zentrum.)

Vizepräsident v. Heereman: Die Bezeichnung „brutale Ausführung“ sei parlamentarisch unzulässig.

Minister v. Puttkamer weist aus einem völkerrechtlichen Werke Hefftens nach, daß die Maßregel nicht gegen das Völkerrecht verstoße. Bezüglich Rußlands könne er den Vorredner vollständig beruhigen. Von den Parisern habe er nur mit Bezugnahme auf Elsaß-Lothringen gesprochen und ausdrücklich betont, daß im übrigen Deutschland die Franzosen willkommene Gäste seien. Er protestire ausdrücklich gegen die bezügliche Unterstellung Windthorsts.

Abg. Dr. Wehr (freikons.): Wenn Herr Windthorst die Maßregel als eine grausame bezeichne, so bezeichne er die Windthorst'sche Rede auch als eine grausame vom nationalen Standpunkte aus. Die Maßregel sei durchaus gerechtfertigt. Man dürfe sie nicht nach dem Gefühl behandeln, sondern mit nüchternen Augen und mit Berücksichtigung der Interessen des Staats. Die Polen verdrängten die deutschen Arbeiter, trieben sie zur Auswanderung und so weiter. Die Maßregel sei politisch nothwendig, staats- und völkerrechtlich unangreifbar. Das Abgeordnetenhaus habe keine Veranlassung, die Regierung zu desavouiren, müsse ihr vielmehr dankbar sein. Er bitte aber, eine Generalinstruktion über die Behandlung in den polnischen Provinzen auftretender Fragen zu erlassen. Die plötzlichen Maßregeln wirkten erregend auf die polnische Bevölkerung. Eine Aufstellung genereller Grenzprinzipien für die ganze polnische Frage sei zu empfehlen. (Beifall.)

Abg. v. Lyskowski (Pole): Er sei in Westpreußen grau geworden und könne nur sagen, daß durch diese Maßregel ein grauenhaftes Elend in die Provinzen getragen werde, sie bedeute einen wirthschaftlichen Mord. Die Auswanderung erstrecke sich fast ausschließlich auf polnische Arbeiter, die Ausweisung der noch vorhandenen landwirthschaftlichen Arbeiter polnischer Nationalität werde die Landwirthschaft schwer schädigen. Herr Dr. Wehr sollte sich weniger um den Kulturkampf als um die Interessen der Provinz kümmern; das würde seiner Stellung als Landesdirektor mehr entsprechen. Er könne im Interesse Westpreußens nur bitten, die Maßregel zurückzunehmen.

Abg. v. Koerber (freikons.): Die Polen seien selbst schuld, wenn sie auf die Verwaltung der Provinz und die Behandlung der polnischen Angelegenheiten so wenig Einfluß besäßen, weil sie sich von dem Verkehr mit den Deutschen mehr und mehr zurückzögen. Ersprießliches könne nur erreicht werden, wenn Polen und Deutsche Hand in Hand arbeiteten. Der Schaden für die Landwirthschaft werde nicht bedeutend sein; deutsche Arbeiter könnten in genügender Anzahl herangezogen werden. Bei der unverhältnißmäßigen Zunahme der russisch-polnischen Bevölkerung, und weil dadurch das ganze wirthschaftliche und Kulturleben geschädigt werde, halte er das Vorgehen der Regierung für begründet.

Abg. Windthorst wendet sich gegen die letzten Ausführungen des Ministers und hält im wesentlichen seine Bemerkungen aufrecht. Die Maßregel entspreche nicht den Institutionen eines zivilisirten Staates und der Humanität.

Abg. Virchow (deutschfr.): Zwischen der vorliegenden Maßregel und den Ausweisungen russischer Unterthanen aus Berlin, in Folge deren z. B. auch keine russischen Studenten mehr hierherkämen, liege der deutsch-russische Auslieferungsantrag.

Die Interpellation ist damit erledigt, da ein Antrag nicht weiter gestellt ist.

Schließlich erledigte das Haus eine Reihe von Petitionen lediglich lokaler Natur.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Petitionen.

Deutschland.

Berlin, 6. Mai. Das Herrenhaus berieth in seiner heutigen Sitzung die Kreis- und Provinzial-Ordnung für Hessen-Nassau in der Fassung des Abgeordnetenhauses, welche schließlich unter Ablehnung eines auf Wiederherstellung der ursprünglichen Herrenhaus-Fassung gerichteten Antrages des Freiherrn von Solemacher (in namentlicher Abstimmung mit 56 gegen 48 Stimmen) genehmigt wurde. Bei der sodann folgenden Berathung des Lehrer-Pensionsgesetzes wurde im Großen und Ganzen gleichfalls die Fassung des Abgeordnetenhauses genehmigt, jedoch setzte das Herrenhaus den Beitrag, welchen der Staat zu leisten habe, auf 600 Mark fest und beschloß, auch das Stelleneinkommen zu einem gewissen Theile bei der Pensionszahlung heranzuziehen. Die nächste Sitzung zur Berathung kleinerer Vorlagen findet Donnerstag 1 Uhr statt.

S. M. S. „Stosch“, Kommandant Kapitän zur See von Nostiz, und S. M. S. „Marie“, Kommandant Kapitän zur See Krokisius, sind am 6. Mai cr. in Sidney eingetroffen.

— Die Ausstellung der dem Fürsten Bismarck zu seinem 70. Geburtstage dargebrachten Adressen und Ehrengaben ist mit dem heutigen Morgen im Architektenhause eröffnet. Eine bereits gestern zu der Zeit, in welcher die Anordnung noch nicht vollendet war, gehaltene Umschau ermöglicht es uns, schon heute eine Reihe der prächtigsten Schaustücke zu skizziren; in der bunten Mosaik der Schaustellung bieten sie dem Auge die festen Stützpunkte, während die Unzahl von Adressen mit ihren kostbaren Decken, Hülsen und Kapseln den Flachgrund des Bildes darstellt.

In dem reich mit hohen Gewächsen dekorirten Festsaal zieht die Blicke des Besuchers zuerst das Gemälde Anton v. Werners: „Die Kaiserproklamation von Versailles“ auf sich. Es ist unter einem mächtigen, die Höhe überspannenden Velarium aufgestellt und von den Bannern des Architektenvereins flankirt. Farbenprunkende Draperien, über denen Thierköpfe, wie die eines Hirsches, Büffes, Widders u. dgl. befestigt sind, bekleiden die Wände; eine sehenswerthe Dekoration der letzteren bildet eine aus mehreren Federfellen des Straußes zusammengesetzte Decke. Zwei auf eichenen Untergestellen ruhende, von eisernen Reifen umspannte und heraldischen Schmuck tragende Bierfässer sind an dieser breiten Hinterwand aufgestellt.

Inmitten des Saales ragt die Bronzebüste des Fürsten auf, unter welcher das Bismarck'sche Geschlechtswappen in bemalter Holzschnitzerei angebracht ist. Dies Wappen mit seiner sich auf das in ihm enthaltene Kleeblatt beziehenden Devise: „in trinitate robur“ — „in der Dreieinigkeit Stärke“ — bildet überhaupt in der Vielheit der ausgestellten Gegenstände die stereotype Erscheinung; in Schnitzwerk, Malerei und Stickerei kehrt es auf Adreßdecken, Lederkapseln, Metallgegenständen und Holzarbeiten regelmäßig wieder, so auch auf der Platte eines schönen Ausziehtisches in Intarsiaarbeit; die vier andern Flächen des Tisches tragen in eingelegter Schrift Widmungssprüche; einer derselben lautet:

„Mit Gunst, Du hast mit fester Hand,
Zusammengeleimt das deutsche Land.
Solch' Obermeister lob' ich mir,
Gott grüß das Handwerk für und für!“

Zur Gruppe der Meubles gehört auch ein prächtiger „Universalstuhl“ mit verstellbaren Gelenken in Eisenkonstruktion mit blausammetnem Polsterbezug; er ist für jede Körperlage einzurichten. Ein interessantes Schaustück der Ausstellung ist die von G. Howaldt aus der Kieler Schiffswerft dargebrachte Gabe, das metallene Modell zu einem für transatlantische Fahrten bestimmten Postdampfer.

Aus der Gattung der Geräthe mag hervorgehoben werden eine von Bürgern in Zoblitz geschenkte Vase aus Syenit, ein vom Münchener Hofkupferschmiedemeister Seitz gesandter Humpen mit heraldischer Ornamentik und Münchener Stadtbildern in getriebener Arbeit; ferner zwei kolossale Tafelaufsätze aus weißem und blauem Glase, ejn Glaspokal vom Rheingau, ein für Liqueure bestimmter Apparat in Form einer Doppelwaage.

In Porzellanarbeit zeigen sich uns verschiedene höchst kunstreiche Tafelaufsätze, Blumen-Etageren, Vasen und mächtige Blumentöpfe mit Malereien. Auch das aus Hingdorf gesandte einfache Spinnrad fehlt in dieser Vereinigung nicht. Zu den scherzhaften Gaben ist ein aus Elfenbein gearbeiteter Zigarren-Aschbecher zu rechnen; unter den die Worte Angra-Pequena-Kamerun tragenden Wegweiser ist ein schwarzer Eingeborener als Schildwachposten gestellt.

Unter den Gaben der Städte zeichnen sich die von München und Leipzig besonders durch kunstreiche Arbeit aus. Die Gabe von München ist eine metallene Votivtafel, in einem Rahmen mit allegorischen Figuren und stilvoller Ornamentik; das innere Feld zeigt in Gravirung die Widmung. Die Adresse der Stadt Leipzig ruht in einem runden Lederfutteral von kunstreicher Schnitzarbeit; den Untersatz, in Form eines verkleinerten Monumentsockels, ziert ein goldener Eichenkranz. Die Adresse der Stadt Bremen giebt an Pracht und Schönheit den eben erwähnten Gaben nichts nach; die in Malerei ausgeführte Adresse ist in eine kostbare, aus Ebenholz, Seidenplüsch und Schnitzahmen zusammengesetzte Mappendecke geschlossen. Reiche Holzschnitzarbeit mit Metallbeschlägen und Krystalleinsätzen zeigt auch die auf einer Staffel ruhende Deckenmappe der Adresse aus Aachen-Burtscheid.

Die Glückwünsche der „Deutschen Kunstgenossenschaft“ übermittelt ein die Adresse zierender, von Friedr. A. Kaulbach in Aquarell gemalter Genius. In Stickereiarbeit brillirt eine schwarze Decke aus Seidenplüsch mit dem großen Bismarckwappen; die Holzbildhauerei vertritt die Gabe der Firma Koch und Bein: die vergoldete Statuette des Kaisers im Krönungsornat. Der kunstreichen Album- und Adressendecken bietet die Ausstellung eine ungemein große Menge; sie erfordern eine eigene Ueberschau. Um mit einem Kuriosum zu schließen: auch der vom Fürsten so arg gehaßte Fortschritt hat es gewagt, vor seinem gestrengen Angesicht zu erscheinen.

Ein kleines Dekorativgeräth, welches aus dem metallenen Untersatz und einem mit silberner Ornamentik eingefaßten grünen Kasuar-Ei zusammengesetzt ist, trägt die Widmung des „Fortschritt-Vereins in Adelaide“. Nun, da er von Australien kommt, wo er nicht so gemeinschädlich ist, als in den deutschen Landen, mag der Fortschritt-Verein wohl auch mit gnädigen Augen angesehen worden sein. Der deutsche Fortschritt würde sich dem Reichskanzler zu nahen wohl auch nicht gewagt haben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. Mai. Die Stettiner Bettel-Akademie wird am 26. Mai, dem 3. Pfingstfesttage, auf dem Exerzierplatze bei Fort Preußen unter Benutzung der vom Pferdemarkt her dort befindlichen Umzäunungen, Restauration ꝛc. ein im großartigsten Stile angelegtes Frühlings-Volksfest abhalten, das alle bisher hier in diesem Genre stattgefundenen Vergnügungen in den Schatten stellen wird. Es werden zu diesem Zwecke auf dem Platz noch bauliche Veränderungen stattfinden, nämlich ein zweites Orchester, ein Hypodrom und zahlreiche Buden und Zelte hergerichtet werden. Der weite Landcomplex wird am Abend durch von Herrn Kuhlo angebrachte Bogenlampen electrisch beleuchtet werden. Zu den bis jetzt abgeschlossenen Arrangements gehören Militair-Doppelkonzert, ausgeführt von der ganzen Jancovius-Kapelle und dem ganzen Trompetercorps der Pasewalker Kürassier, Vocalkonzert von dem Sängerchor der Stettiner Handwerker-Ressource, großes Wettrennen von Jockeys des Tattersall, und zwar ein Flachrennen und ein Hürdenrennen, Hypodrom (ebenfalls vom Tattersall bedient) und außergewöhnliches Brillant-Feuerwerk. Ferner sind zahlreiche Arrangements zur Belustigung der Besucher getroffen, über die wir heute noch nichts verrathen sollen. Daß es an Schießbuden, Würfelbuden, Glücksrad, Schnellphotographien, Verkaufsbuden und Schaubuden nicht fehlen wird, ist bei einem Volksfest selbstverständlich. Die Restauration ist den bewährten Händen des Herrn Kröber anvertraut, und wird derselbe ebenfalls verschiedene Neuheiten einrichten. So wird ein besonderes türkisches Café mit Damenbedienung eingerichtet und wird daselbst noch eine dritte kleine Kapelle konzertiren. Dem Senat sind die zuständigen Behörden, wie die königl. Regierung, königl. Polizei-Direktion und königliche Kommandantur, als auch das Komitee des Pferdemarktes in hochherzigster Weise entgegen gekommen, so daß heute alle der Abhaltung eines so großartigen Festes im Wege stehenden Schwierigkeiten beseitigt sind. Der Herr Ober-Präsident hat ferner der Akademie die Genehmigung zur Abhaltung einer Lotterie für den Bezirk Stadt Stettin und nächste Umgebung ertheilt. Es können 10,000 Loose à 20 Pf. abgesetzt werden. Nach dem genehmigten Verloosungsplan fällt schon auf je 18 Loose ein Gewinn. Der Hauptgewinn wird demnächst zur öffentlichen Ausstellung kommen. Dies einstweilen in kurzen Umrissen der Plan des in seiner Art hier noch nicht gebotenen Festes, zu dem nur noch gutes Wetter zu bestellen ist. Wie wir hören, soll der Eintrittspreis sehr gering sein, nämlich für Mitglieder der Akademie nur 30 Pf., für Fremde 40 Pf. und an der Kasse ohne Unterschied 50 Pf. betragen. Eine Ueberfüllung des Festplanums ist nicht gut möglich, da dasselbe mit Bequemlichkeit 20,000 Menschen fassen kann. Für hinreichende Sitzplätze soll Sorge getragen werden, soweit dies eben überhaupt möglich ist. Der Ertrag des mit bedeutenden Unkosten — man spricht von über 2000 Mark — verbundenen Festes soll in der Mehrheit zu Jugendhortzwecken Verwendung finden.

Stettin, 7. Mai. Das Inkassomandat bildet nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Straffenats, vom 16. Februar d. J., kein die Reichs-Stempelpflicht begründendes Anschaffungsgeschäft. Die Mittheilung an einen Geschäftsfreund über die erfolgte Einkassirung von Kupons, Wechsel und ähnlichen Werthpapieren, welche von diesem zum Inkasso übergeben worden, und über die Gutschrift der einkassirten Beträge ist demnach nicht stempelpflichtig.

— Zu der am 1. Juni beginnenden zweiten diesjährigen Schwurgerichtsperiode sind bisher folgende Anklagen zur Verhandlung angesetzt: am 1. Juni: wider den Eigenthümer Karl Handt und dessen Ehefrau Friederike geb. Steinacker aus Danlitz wegen vorsätzlicher Brandstiftung; am 2. Juni: wider den Büdner und Kaufmann Fr. Christ. Krüger aus Cladow wegen wissentlichen Meineides und gegen den Schiffsknecht Karl Tillair aus Luckow wegen Meineides; am 3. Juni: wider den Baggerarbeiter Wilh. Aug. Kolbe aus Marwitz wegen Nothzucht; am 4. Juni: wider den Schiffskoch Julius Emil Ed. Gebner aus [illegible]rnow wegen Urkundenfälschung. Die Schwurgerichtsperiode, bei welcher Herr Landesgerichtsrath Reclam den Vorsitz führt, dürfte 14 Tage in Anspruch nehmen; voraussichtlich wird während derselben auch die Anklage wider den Uhrmacher Marquardt und den Kaufmann Neumann wegen betrüglichen Bankerotts, Unterschlagung, Betrugs und Urkundenfälschung zur Verhandlung kommen, obwohl noch in den letzten Tagen Zeugenvernehmungen in dieser Sache stattfanden. — Zu Geschworenen sind folgende Herren einberufen: Oberpostsekretär Behne, Brauereibesitzer Conradt, Rentier Keppler, Kaufmann Konsul Kisker, Direktor Klitzing, Kaufmann Köppe, Kaufmann Stosch, Kaufmann Alb. Ed. Toepffer, General-Agent Wedel, Rentier Dr. Wolff, Kaufmann Wossidlow, sämmtlich aus Stettin, Fabrikdirektor Pony-Fiddichow, Oberamtmann und Administrator Thimey-Ferdinandshof, Rentier Albonico-Finkenwalde, Gymnasialdirektor Dr. Bitz-Gartz a. D., Hotelbesitzer Lindemann-Heringsdorf, Fabrikbesitzer Berndt-Jatznick, Gutsbesitzer Stein-Louisenhof, Rittergutsbesitzer Koppe-Lindow, Fabrikinspektor Beelitz-Mescherin, Rittergutsbesitzer Zelter-Neuhaus, Freischulzengutsbesitzer Stork-Neumark, Kaufmann Walter und Hotelbesitzer Tauchert, beide aus Pasewalk, Domänenpächter Dreetz-Schönwalde, Rittergutsbesitzer Voß-Schnatow, Dampfmühlenbesitzer Brandt-Torgelow, Mühlenbesitzer Olwig und Rentier Budig, beide aus Ueckermünde, und Oberamtmann Drenkhahn-Pudagla.

— Die günstigen Ergebnisse, welche in mehreren Oberförstereien durch das Ausrücken des Holzes aus den Schlägen nach benachbarten Ablagen unter Anwendung transportabler Schienengeleise erzielt worden sind, und die Bedeutung, welche dieselben für die Anlegung und den Ausbau von Waldwegen gewinnen können, regen die Frage an, ob in den Staatswaldungen in Zukunft von diesem Transportmittel nicht in größerem Umfange Gebrauch zu machen ist. Besonders empfehlenswerth erscheint dieses Verfahren für solche Oberförstereien, deren Holzproduktion den Lokalbedarf übersteigt, und für welche durch Schifffahrts-, Flößstraßen, Eisenbahnen ꝛc. bestimmte Absatzrichtungen vorgezeichnet sind. Aber auch Oberförstereien mit vorherrschendem Lokalabsatz werden sich unter Umständen der transportablen Schienengeleise mit Vortheil bedienen können, und zwar namentlich dann, wenn das Holz, wie dies z. B. im Gebirge oft vorkommt, auf wenige Hauptstraßen angewiesen ist. — Der Minister für Landwirthschaft ꝛc. hat die Regierungen ꝛc. durch eine Zirkularverfügung vom 21. v. M. angewiesen, diese wichtige Frage einer eingehenden Erwägung zu unterziehen, zumal in den Kreisen der Holzhändler der Wunsch laut geworden sei, daß das Holz nicht unmittelbar aus den Schlägen, sondern von günstig belegenen Ablagen aus verkauft werden möge. Dabei sei besonders sorgfältig zu erwägen, ob die erforderlichen Parks an Schienen und Wagen auf fiskalische Rechnung zu beschaffen seien, oder ob den Besitzern von solchen der Transport auf ein oder mehrere Jahre in Entreprise zu geben sei.

— Am 5. d. M. Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr fand in der Wohnung eines Kaufmanns, Albrechtstraße 3, Vorderhaus 3 Treppen, im Garderoben-Kabinet ein Brand statt, bei welchem ein größerer Posten Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe im Werthe von 1300 Mark theils ganz verbrannt, theils durch Feuer beschädigt wurde. Das Feuer ist durch Explosion einer Petroleumlampe entstanden.

— Bei der Untersuchung von amerikanischen Speckseiten wurde gestern auf dem hiesigen Fleischschau-Amt eine trichinöse gefunden.

— Im Inseratentheil der heutigen Nummer finden unsere Leser den Fahrplan der Berlin-Stettiner Eisenbahn mit den am 1. Juni zu erwartenden Veränderungen, soweit dieselben die Station Stettin betreffen.

Aus den Provinzen.

§ **Bernhagen,** 5. Mai. Am 2. d. Mts. verstarb hier der Altsitzer Peter Fuhrmann im 89. Lebensjahre; derselbe hatte den Freiheitskrieg im 14. Infanterieregiment mitgemacht; es ist dies der letzte hiesige Freiheitskämpfer, den wir heute zu Grabe geleitet haben.

Greifswald. Der Privatdozent Dr. P. Pietsch in Kiel ist als außerordentlicher Professor in die hiesige philosophische Fakultät berufen worden und wird demnächst seine Vorlesungen hier beginnen.

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Posen, 6. Mai. In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung erhielt bei der Wahl eines Oberbürgermeisters der bisherige Bürgermeister Herse, dessen im Vorjahr erfolgte Wahl zum ersten Bürgermeister regierungsseitig nicht bestätigt wurde, und dessen Bestätigung als darauf wiedergewählter zweiter Bürgermeister noch aussteht, 20 Stimmen. Abgegeben wurden 36 Stimmzettel. Herse ist somit gewählt.

Neu-Strelitz, 6. Mai. Der Großherzog hat sich heute zum Besuche der Großherzogin, welche bei ihrer Mutter, der Herzogin von Cambridge, weilt, nach London begeben.

Darmstadt, 6. Mai. Beide Kammern wurden heute vertagt, nachdem die erste Kammer den Beschlüssen der zweiten Kammer betreffs Heranziehung der Aktien-Gesellschaften zur Gemeindesteuer beigetreten war. Die Regierung erklärte sich hiermit einverstanden.

Pest, 6. Mai. Der Finanzminister legte dem Unterhause einen Gesetzentwurf betreffs Beschaffung eines Betriebs-Kapitals für die ungarischen Staatsbahnen und staatlichen Eisenwerke von 18,170,000 Gulden durch Emission einer 5prozentigen steuerfreien Notenrente vor.

Die Villa am Rhein.

Original-Novelle von Mary Dobson.

3)

„So haben Sie sich die Stadt und Umgegend wohl einigermaßen angesehen. Wie lange gedenken Sie zu bleiben, Frau Räthin?"

„Nun noch einige Tage, wir gehen dann nach Homburg und Baden."

„In Homburg wird es Ihnen kaum gefallen, besser dagegen in Baden, und Sie dürfen nicht unterlassen, auch ein Städtchen vom Schwarzwald zu sehen! — Doch, ich wollte Ihnen einen Vorschlag machen. Es ist diesen Abend jenseits der Stadt ein großartiges Konzert, wie kein zweites veranstaltet werden kann, gestatten Sie mir, Sie dahin zu begleiten."

Die Räthin machte Einwendungen, welche jedoch Herr Eschenbach zu überstimmen wußte und Mutter und Tochter nach dem Konzert begleitete, von dem sie erst, nachdem lange schon die herrliche Sommernacht angebrochen war, zurückkehrten. —

Von dem Abend an war er der stete Begleiter der Gerichtsräthin Waldheim und ihrer Tochter, was man indeß an dem belebten Badeorte kaum beachtete, unter Bekannten aber zu Bemerkungen Veranlassung gegeben haben würde. Er war unermüdet, neue Genüsse und Vergnügungen für sie ausfindig zu machen, und sein Benehmen war dabei ebenso taktvoll wie feingebildet, so daß es schwer hielt, seine Aufmerksamkeiten abzulehnen. Dem Auge der Mutter war es klar, daß er für ihre Tochter eine schnell entstandene, aber um so heftigere Neigung empfand, und auch diese mußte seine Aufmerksamkeit ähnlich deuten, denn als sie am Morgen des letzten Tages ihrer Anwesenheit in Wiesbaden ihr Frühstück eingenommen und die Räthin längst das nachdenkliche Gesicht ihrer Tochter bemerkt, sagte diese, sie ernst anblickend:

„In einer halben Stunde wird Herr Eschenbach uns zur Ausstellung abholen, Mutter. Es freut mich, daß wir morgen Wiesbaden verlassen, und er wird uns hoffentlich nicht weiter aufsuchen. Ist seine Begleitung Dir so unlieb, Elisabeth?" fragte die Räthin, sie forschend betrachtend.

„Das nicht," entgegnete diese, leicht die Farbe wechselnd, „allein —"

Ein Klopfen unterbrach sie und auf die Antwort der Räthin trat der Kellner mit einem Brief ein, welchen er ihr übergab und sich wieder entfernte. Von einer unbestimmten Ahnung erfaßt, sah sie auf die Adresse, in fester, männlicher Handschrift, während die Augen ihrer Tochter sich umdüsterten. Endlich das Kouvert öffnend, sagte sie:

„Elisabeth, ich glaube zu wissen, von wem dies Schreiben ist, und ebenfalls, was es enthält!"

„Ich auch, Mutter," erwiederte ruhig die Tochter und an's Fenster tretend, blickte sie achtlos auf die schon belebte Straße hinab. Nach längerer Pause, in welcher die Mutter den Brief gelesen, fuhr sie fort:

„Herr Eschenbach hält um Deine Hand an, Elisabeth, und will nach einer Stunde kommen, Deine und meine Antwort zu erfahren! — Lies selbst," und sie reichte ihr den Brief.

Elisabeths Züge drückten weder Ueberraschung noch Staunen, sondern unverkennbar schmerzliche Erregung aus. Sie las Gustav Eschenbachs Heirathsantrag, und seinen Brief dann auf den Tisch legend, betrachtete sie ihn mit ernsten, traurigen Blicken. Ihre Mutter sah sie erwartungsvoll an und begann, da sie nicht sprach:

„Elisabeth, was gedenkst Du zu antworten?"

„Ich weiß es nicht, Mutter!"

„Aber Herr Eschenbach wird kommen."

„Ich wollte, wir hätten ihn nie gesehen."

„Sein Antrag kann Dich nur ehren, tausende von jungen Mädchen würden ihn mit Freuden annehmen!"

„Das aber kann ich nicht, Mutter," erwiederte die Tochter mit Nachdruck.

„Du willst ihn doch nicht ablehnen, Elisabeth?" fragte schnell die Räthin.

„Und wenn ich es thäte?"

„Wolltest Du während Deines ganzen Lebens vielleicht den harten Kampf ums Dasein kämpfen?" fragte ihre Mutter mit einem Anflug von Bitterkeit.

„Lieber das thun, als ohne Liebe heirathen!"

„Kind, Du weißt nicht, was Du sprichst," entgegnete ernst und fast traurig die Gerichtsräthin. „Der Erwerb Deines Lebensunterhaltes wird, so lange Du jung und kräftig bist, Dir nicht schwer werden, später aber, wenn Du älter geworden und der Muth der Jugend Dir schwindet, wird Dir nach und nach auch der Gedanke kommen, daß Du Unrecht gethan, die Dir gebotene Liebe und Stütze eines Gatten, eine gesicherte Lebensstellung, ausgeschlagen zu haben! — Du weißt nur zu gut, daß wir bis jetzt kaum im Stande gewesen sind, einen Nothpfennig zu ersparen. Nach meinem Tode hört meine Pension auf, bis dahin aber werde ich schwächer, und Du wirst älter werden."

„Mutter, Mutter, Du entwirfst mir da ein sehr trauriges Zukunftsbild, während ich mich in den Gedanken hineingelegt, mit erneuter Kraft immer mehr arbeiten und leisten zu können!" rief Elisabeth in schmerzlichem Ton.

„Ich habe nur der Wahrheit gemäß gesprochen —"

„Aber nicht daran gedacht, daß ich ein großes Unrecht begehen würde, Herrn Eschenbachs Liebe und Hand anzunehmen, wo mein Herz kaum die Neigung zu Helbert Wendtorff überwunden!"

„Nein, Elisabeth, das ist kein Unrecht," antwortete entschieden und zuversichtlich ihre Mutter, „zumal Du sagst, daß Dein Herz diese erste Liebe überwunden!"

Elisabeth trat nochmals ans Fenster und blickte wiederum sinnend ins Weite. Die Worte der Mutter hatten ihr die Zukunft in traurigen Farben geschildert, sie wußte aber, daß sie Wahrheit enthielten, und brauchte nur an einige Beamtentöchter in ihrer Vaterstadt zu denken, die im späteren Lebensalter noch angestrengt arbeiten mußten. Ihr dagegen ward an der Seite eines Mannes, der sie liebte, ein glänzendes Loos geboten, durch das sie auch die Zukunft ihrer Mutter sorgenlos gestalten konnte, und bei diesem letzten Gedanken innehaltend, wandte sie sich der Räthin zu und sagte langsam und in entschlossenem Ton:

„Mutter, ich will mich Herrn Eschenbach anvertrauen und ihm sagen, daß ich ihn nicht mit der Innigkeit der ersten Liebe lieben kann. Begehrt er dann noch meine Hand, so —"

„Du wolltest also, Elisabeth?" rief freudig die Gerichtsräthin.

„Ja, Mutter, dann will ich die Seine werden, möge auch die Welt sagen, was sie wolle!"

Feste, schnelle Fußtritte, welche den Korridor herabkamen, sagten ihnen, wen bereits die Ungeduld sich nähern ließ, und kaum hatte sich die Räthin in das anliegende Zimmer begeben, als angeklopft ward und auf Elisabeths Antwort Gustav Eschenbach vor ihr stand. Die Farbe wechselte auf ihren Wangen, er aber sagte, sie voll Spannung ansehend, nach gegenseitigem Gruß mit bewegter Stimme:

„Fräulein Waldheim, Sie werden meinen Brief erhalten und ihn erwogen haben; welche Antwort habe ich von Ihnen zu erwarten?"

Elisabeth schwieg mit abgewandtem Gesicht und ihr Schweigen als Befangenheit deutend, war er im Begriff, es zu unterbrechen, als sie, ruhig zu ihm aufblickend, erwiederte:

„Herr Eschenbach, ehe ich auf Ihren Brief eingehe, muß ich Ihnen eine Mittheilung machen, die meinem Gewissen gemäß ich Ihnen nicht vorenthalten darf!"

„Was könnte das sein, Fräulein Waldheim?" fragte er einigermaßen überrascht. „Denn Sie scheinen der Ansicht, daß es auf die innigsten Wünsche meines Herzens Einfluß auszuüben vermöchte!"

„Sie tragen mir mit Ihrer Hand auch Ihre Liebe an," antwortete Elisabeth so ruhig wie vorher, „mein Herz aber gehörte bis vor kurzem noch einem Andern!"

Dieser Erklärung folgte eine augenblickliche Pause, dann aber erwiederte Gustav Eschenbach mit tieferer, bewegter Stimme:

„Sie sprechen von der Vergangenheit, Fräulein Waldheim, „es steht Ihnen also jetzt frei, Ihr Herz mir zuzuwenden. Wollen Sie nach dieser Erklärung mich nun zu Ihrem Vertrauten machen?"

Sie nahmen Platz und Elisabeth erzählte ihm von ihrer Neigung zu Helbert Wendtorff, welche

---

Börsenbericht.

Stettin, 6. Mai. Wetter veränderlich. Temp. + 10° R. Bar. 28". Wind W.

Weizen wenig verändert, per 1000 Klgr. loko gelb. u. weiß. 170—173 bez. per Mai 173,5—174,5 bez., per Mai-Juni do., per Juni-Juli 176,5 bez. u. B., 176 G., per Juli-August 178,5—179 bez., per September-Oktober 182—182,5 bez., per Oktober-November 183,5—184 bez.

Roggen wenig verändert, per 1000 Klgr. loko inl. 140—143 bez., per Mai 145,5—145—144,5 bez., per Mai-Juni do., per Juni-Juli 146,5—147 bez., per Juli-August 149,5 bez., per September-Oktober 151,5 bez., per Oktober-November 152,5 bez.

Rüböl still, per 100 Klgr. loko o. F. b. Klgr. 50,5 B., per Mai 49,5 B., per September-Oktober 52,5 B.

Spiritus still, per 10,000 Liter % loko o. F. 41,4 bez., per Mai 42,2 nom., per Mai-Juni do., per Juni-Juli 42,9 B. u. G., per Juli-August 43,9 B. u. G., per August-September 45 bez., per September-Oktober 45,7 B. u. G.

Petroleum per 50 Klgr. loko alte Us. 7,8 tr. bez.

Landmarkt. Weizen 175—179, Roggen 144 bis 150, Gerste 142—144, Hafer 150—155, Kartoffeln 36 bis 40, Heu 2—2,50 Stroh 18—21.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 9. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, werden im Mehlmagazin Rosengarten Nr. 20—21 Roggenkleie, Fußmehl und Haferkaff, sowie Heu- u. Strohabfälle gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Stettin, den 4. Mai 1885.

Königliches Proviant-Amt.

dieses erwidert, und wie sein Vater derselben ein so jähes Ende gemacht. Als sie ihren Bericht mit einem tiefen Seufzer geschlossen, sagte er, einen Blick unveränderter Liebe auf sie heftend:

„Und haben Sie geglaubt, Fräulein Waldheim, das, was ich aus Ihrem Munde erfahren, könne je meine Neigung zu Ihnen ändern? — Nein, ich ehre und achte Sie nach dieser Mittheilung nur noch höher, und werde, falls Sie es mir gestatten, durch meine Liebe die Ihrige zu erwerben suchen. Wollen und können Sie nach dieser Versicherung eines rechtschaffenen Mannes mir Ihr künftiges Lebensglück anvertrauen?"

Einen Moment noch zauderte Elisabeth, dann reichte sie ihm ihre Hand, und wenn auch wiederum die Farbe auf ihren Wangen wechselte, blickte sie dennoch ruhig in seine erregten Züge. Er faßte die Hand fest in die seinen, führte sie an seine Lippen, und, fast überwältigt von dem Gefühl seines Glückes, sprach er, nur ihr vernehmbar:

„Habe Dank, Elisabeth und nimm die Versicherung, daß Du diese Stunde nie bereuen wirst, daß ich es aber als meine Lebensaufgabe ansehen werde, Dein Glück zu sichern!" und die nicht Widerstrebende in seine Arme schließend, ließ sie in der Erregung, welche sich auch ihrer bemächtigte, es geschehen, daß er ihren Bund fürs Leben durch den Verlobungskuß besiegelte. —

4.

Einige Tage nach der in Wiesbaden stattgehabten Verlobung von Gustav Eschenbach und Elisabeth Waldheim, welche daselbst keine Beachtung fand, in der Vaterstadt der Braut aber, da die Vormünder davon benachrichtigt worden, bekannt zu werden begann, saß in einem Separatzimmer der Bahnhofsrestauration zu Frankfurt am Main eine muntere kleine Gesellschaft, welche soeben ein auserlesenes Mittagsmahl beendet. Sie bestand aus Gustav Eschenbach, seiner Schwester, seinem Schwager, dem Major von Falkenberg, und dessen sechsjährigem einzigen Sohn, dem Stiefkind der Majorin, welche keine eigenen besaß. Ein unerwartetes Ereigniß hatte sie schnell zusammengeführt. Ersterer hatte in Baden, wohin er seine Braut und zukünftige Schwiegermutter begleitet, von seinem Geschäftsführer mit mehreren anderen Briefen auch einen seiner Schwester erhalten, in welchem sie ihm die Versetzung ihres Gatten von Posen nach Düsseldorf anzeigte, wo er der nahen Manöver wegen zur bestimmten Zeit sein müsse. Sie ersuchte ihn daher, nach Frankfurt zu kommen, da sie daselbst einige Stunden verweilen würden; eine Aufforderung, welcher er, wenngleich er sich nur ungern von seiner Braut trennte, dennoch Folge leistete.

Als nach eingenommenem Mahl der kleine Walter an einem zweiten Tische beschäftigt war, einige Schachteln auszupacken, welche der Onkel ihm aus Baden mitgebracht, fand unterdeß eine lebhafte Unterredung der Geschwister statt, die sich während längerer Zeit nicht gesehen. Nachdem man die Briefe ergänzt und sich nachträglich darüber ausgesprochen, sich erfreut, einander näher gerückt zu sein, sagte der Major zu seinem Schwager:

„Also noch immer Junggeselle, Gustav? — Hat noch kein weibliches Wesen Dich so dauernd zu fesseln vermocht, um mit Dir die schöne Villa am Rhein zu beziehen, welche wohl bald vollendet sein wird?"

„Was die Einrichtung anbetrifft, noch nicht," entgegnete Gustav Eschenbach, die eigentliche Frage umgehend.

„Gedenkst Du auch im Winter dort zu wohnen?" fragte die Majorin, welche in ihrem Herzen den Bruder um die schöne Besitzung beneidete.

„Ich weiß es noch nicht," lautete dessen zögernde Antwort.

„Du willst die Entscheidung wohl Deiner künftigen Gemahlin überlassen?" meinte lächelnd der Major, voll Behagen die kostbare Zigarre rauchend, welche sein Schwager ihm präsentirt hatte.

„Dann wird sie aller Wahrscheinlichkeit nach noch nicht bewohnt," antwortete scherzend seine Gattin, „denn Gustav wird nie eine Frau finden, welche allen seinen Ansprüchen genügt!"

„Und wenn das dennoch möglich wäre?" entgegnete ihr Bruder, mit einem schnellen Blick den Knaben streifend, welcher jedoch so eifrig beschäftigt war, daß er darüber die Erwachsenen gänzlich vergessen zu haben schien.

„Sollte dies gar schon geschehen sein, Bruder?" rief lebhaft die Majorin. „Du machst mich neugierig, und vielleicht hängt auch die Sache mit Deiner uns unerklärlichen Anwesenheit in Wiesbaden und Baden zusammen."

(Fortsetzung folgt.)

Sommer-Fahrplan
der
Berlin-Stettiner Eisenbahn.
Vom 1. Juni ab.
Berliner Bahnhof.

Abgang der Züge von Stettin nach:

Strecke	Zug	Zeit
Stargard, Colberg, Danzig, Kreuz,	Personenzug	5 U. 47 M. Mrg
Angermünde, Eberswalde, Berlin	Personenzug	6 U. 33 M. Mrg
Pasewalk, Swinemünde, Stralsund, Wolgast, Prenzlau, Strasburg, Rostock, Hamburg	Personenzug	6 U. 44 M. Mrg.
Angermünde, Eberswalde, Berlin	Schnellzug	8 U. 20 M. Mrg.
Stargard, Kreuz, Breslau	Personenzug	9 U. 50 M. Mrg.
Pasewalk, Swinemünde, Stralsund, Wolgast, Prenzlau, Strasburg, Rostock, Schwerin, Lübeck, Hamburg	Schnellzug	10 U. 55 M. Vrm.
Stargard, Colberg, Danzig	Kourierzug	11 U. 13 M. Vrm.
Angermünde, Schwedt, Eberswalde, Frankfurt a. O., Berlin	Personenzug	12 U. — M. Mitt.
Alt-Damm	Personenzug	1 U. 30 M. Nm
Stargard	Personenzug	3 U. 5 M. Nm.
Angermünde, Eberswalde, Berlin	Kourierzug	3 U. 40 M. Nm.
Pasewalk, Strasburg, Rostock, Schwerin	Personenzug	4 U. 15 M. Nm.
Stargard, Colberg, Stolp	Personenzug	5 U. 1 M. Abd.
Angermünde, Schwedt, Eberswalde, Frankfurt a. O., Berlin	Personenzug	5 U. 30 M. Abd
Stargard, Kreuz, Breslau	Personenzug	7 U. 40 M. Abd.
Pasewalk, Stralsund, Swinemünde, Wolgast, Prenzlau	Personenzug	7 U. 50 M. Abd
Angermünde, Eberswalde, Berlin	Personenzug	9 U. 20 M. Abd
Stargard	Gem. Zug	10 U. 54 M. Abd.
Angermünde	Gem. Zug	11 U. — M. Abd

Ankunft der Züge in Stettin von:

Strecke	Zug	Zeit
Berlin, Eberswalde, Angermünde	Personenzug	1 U. 55 M. Mrg.
Stargard	Gem. Zug	6 U. 23 M. Mrg.
Angermünde	do.	7 U. 25 M. Mrg.
Stargard, Kreuz, Breslau	Personenzug	7 U. 51 M. Mrg.
Stralsund, Swinemünde, Wolgast, Pasewalk	Personenzug	9 U. 18 M. Mrg.
Berlin, Eberswalde, Angermünde, Schwedt	Personenzug	9 U. 31 M. Mrg.
Stolp, Colberg, Stargard	Personenzug	10 U. 48 M. Vrm.
Berlin, Eberswalde, Angermünde, Frankfurt a. O.	Kourierzug	11 U. — M. Vrm
Schwerin, Rostock, Strasburg, Prenzlau, Pasewalk	Personenzug	1 U. 13 M. Nm
Alt-Damm	Personenzug	3 U. 10 M. Nm.
Danzig, Colberg, Stargard	Kourierzug	3 U. 30 M. Nm.
Hamburg, Rostock, Strasburg, Stralsund, Wolgast, Swinemünde, Pasewalk	Schnellzug	4 U. 5 M. Nm.
Berlin, Eberswalde, Frankfurt a. O., Angermünde, Schwedt	Personenzug	4 U. 47 M. Nm
Stargard, Kreuz, Breslau	Personenzug	5 U. 15 M. [illegible]
Berlin, Eberswalde, Angermünde	Schnellzug	7 U. 28 M. [illegible]
Stargard	Personenzug	8 U. 59 M. [illegible]
Danzig, Colberg, Stargard, Kreuz	Personenzug	10 U. 5 M. [illegible]
Hamburg, Rostock, Strasburg, Stralsund, Swinemünde, Wolgast, Pasewalk	Personenzug	10 U. 26 M. [illegible]
Berlin, Eberswalde, Angermünde, Frankfurt a. O.	Personenzug	10 U. 39 M. [illegible]